

## Transit-Kosten

Schneller als erwartet sind die innerdeutschen Verhandlungen über bessere Verkehrsverbindungen zwischen beiden Staaten vorangekommen. Die umstrittene Übernahme der Kosten für die Reparatur der Transit-Autobahn Helmstedt—Berlin scheint auf eine Dreiteilung hinauszulaufen. Danach würde je ein Drittel von der DDR und der Bundesrepublik übernommen, das restliche Drittel könnte dann aus der Transit-Pauschale bezahlt werden, die Bonn jährlich an Ost-Berlin für die Benutzung der DDR-Verkehrswege durch Bundesbürger überweist. Derzeit wird über die Forderung der Bundesrepublik verhandelt, die stark befahrene Autobahn mit einer Standspur auszustatten. Die DDR hat dagegen nichts einzuwenden, macht aber deutlich, daß die Kosten dafür voll von Bonn übernommen werden müßten. Wenn bei den

Dresden (10 Uhr, Zimmer 417). Dort solle, ließ MWV-Abteilungsleiter Übel jeden „werten Genossen Werkdirektor“ wissen, „über die erforderlichen Maßnahmen“ zur Erfüllung der West-Exportauflagen im Jahre 1975 und über einen „gesicherten Auftragsvorlauf 1976“ beraten werden. Hintergrund des Rapports in Dresden: Laut SED-Politbürokrat Werner Jarowinsky muß „das künftige Exportwachstum zu einem wesentlichen Teil von unserem Maschinenbau getragen werden“.

## Druck aus Bonn

Wenn die Ministerpräsidenten der Bundesländer auf ihrer nächsten Konferenz mit Bundeskanzler Schmidt am 11. Juli dem Bund kein ausreichendes Angebot aus dem gemeinsamen Umsatzsteueraufkommen unterbreiten, will Bonn die Provinzen unter Druck setzen. Bonn verlangt von den Ländern 5,3 Milliarden Mark mehr aus dem Steueraufkommen; einige Länder sind bereit, allenfalls drei Milliarden Mark abzuliefern.

Als Druckmittel will die Bundesregierung zunächst einen Gesetzentwurf einbringen, der den Bonner Anteil von 37 auf 45 Prozent erhöht. Bonns schärfste Waffe: eine Kürzung der den Ländern nach Artikel 104 a des Grundgesetzes zustehenden Finanzhilfen für Wohnungs- und Straßenbau. Überdies sollen die Länder verantwortlich gemacht werden, wenn die geplante kostenlose Beförderung von Schwerbehinderten auf Bus und Schiene nicht zustande kommt. Das Kanzleramt hat in einem internen Schreiben bereits vorgeschlagen, den laut gefeierten Gesetzentwurf wegen der Kosten der Gratis-Aktion (1976: 5,77 Millionen Mark) wieder fallenzulassen.

## Geld und Provokateure

Nicht Israel — wie oft suggeriert —, sondern Libyen ist die geheimnisvolle ausländische Macht, die im Libanon die jüngsten Kämpfe zwischen Moslems und Christen anheizte — mit Geld und Provokateuren: Libyens Chef-Revolutionär Gaddafi soll libanesischen Politikern 42 Millionen Dollar über-

wiesen haben; nach dem Abflauen des Kleinkrieges waren die Flüge von Beirut nach Libyen tagelang von heimkehrenden Kriegstreibern ausgebuht. Libanon-Präsident Frandschieh beklagte sich bei Botschafter Abd el-Kadir Ghuka über die Einmischung. Gaddafis Mann soll Beirut zum Monatsende verlassen.

## Angriff der Admirale

Auf ihrem ältesten Schiff, einem noch aus dem 2. Weltkrieg stammenden US-Zerstörer, wollten die deutschen Admirale einen Überraschungsangriff fahren: Ihr Nato-Auftrag, so dozierten sie in Kiel vor an Bord geholten Haushaltsexperten des Bundestages, erfordere dringend eine Modernisierung der Flotte durch zwölf mit Raketen bewaffnete Mehrzweck-Fregatten. Doch die Parlamentarier waren gewarnt durch ähnliches Taktieren der Luftwaffe bei der Entwicklung des jetzt von Monat zu Monat teurer werdenden Mehrzweck-Kampfflugzeuges MRCA. Sie verlangten von den überraschten Führungsstäblern bis zum Frühherbst konkrete Auskünfte über Aufgaben, Alternativ-Möglichkeiten, Preise und Folgekosten. Der Bescheid, der Stückpreis der erst auf dem Reißbrett fertigen neuen Fregatte werde bei „etwa 350 Millionen Mark“ liegen, war ihnen allzu vage. FDP-MdB Torsten Wolfgramm: „Die Militärs müssen sich endlich daran gewöhnen, daß wir ihre Vorlagen kritisch unter die Lupe nehmen und nicht nur ja sagen.“ Auch die zweite zur Entscheidung anstehende Beschaffungsvorlage der Marine, die Ablösung der 20 Fernaufklärer und U-Boot-Jäger vom Typ „Atlantic Bréguet“ durch 15 mit moderner Elektronik vollgestopfte Lockheed-Maschinen des Typs S-3A „Viking“ (Stückpreis 60 Millionen Mark), wollen sich Verteidigungs- und Haushaltsausschuß nach den Parlamentsferien noch einmal gründlich ansehen. Der im Verteidigungsministerium als „Streichkommissar“ gefürchtete SPD-MdB Peter Würtz zum SPIEGEL: „Die Hardthöhe tut immer noch so, als ob wir aus dem vollen schöpfen könnten.“

## Ungutes Gefühl

Der 9. Juli gilt in Bonn als neues Schlüsseldatum für die Entwicklung in Portugal. Dann werden etwa 50 000 fortan arbeitslose Soldaten der portugiesischen Kolonialarmee in ihre Heimat zurückkehren — und die Befürchtung ist, „daß sie sich auf die Seite der Radikalsten schlagen“ (SPD-MdB Kurt Mattick). Nach den Gesprächen



Transit-Autobahn bei Helmstedt

Verhandlungen keine neuen Schwierigkeiten auftauchen, können sie nach Bonner Schätzungen im Herbst erfolgreich abgeschlossen werden.

## Rapport in Dresden

Die DDR rüstet derzeit wieder für verstärkten West-Export, um Preissteigerungen abzufangen und Devisen für den Einkauf von kapitalistischem Know-how zu erwirtschaften. Am 4. Juli erwartet Rudi Georgi, Minister für Werkzeug- und Verarbeitungsmaschinenbau (MWV), mehr als zehn Werkdirektoren — so den Chef des VEB Textilmaschinenbau Gera und die Uhrmacher aus Ruhla — zur „mündlichen Berichterstattung“ im Verwaltungsgelände des VEB Mikromat